



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/185 - 19.8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

EWG und Volksmeinung	S. 1
Vor 15 Jahren: Hitler-Stalin-Pakt	S. 3
Zum Tode Alcide de Gasperi	S. 3

Lebendige Demokratie?

Von H.G. Ritzel, MdB

In Kürze will sich die französische Regierung entscheiden, ob und unter welchen Voraussetzungen ihre Zustimmung zur EWG und - solange das Junktim besteht - zum Generalvertrag erfolgt. Im Falle einer positiven Entscheidung melden die Gegner der EWG in Frankreich bereits Zweifel hinsichtlich der tatsächlichen Wirksamkeit einer solchen Entscheidung im Hinblick auf die starke parlamentarische Opposition und die weitreichende Ablehnung der EWG-Lösung im französischen Volke an. In Italien liegen die Verhältnisse ähnlich und in der Bundesrepublik Deutschland ist zwar im Rahmen der bestehenden Regierungskoalition eine einwandfreie parlamentarische Mehrheit für die EWG vorhanden, aber es spricht sehr viel dafür, dass sie im Volke selbst fehlt.

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie ist der Einklang zwischen Regierungswillen, Parlamentsbeschluss und Volkswillen. Es kann nicht bestritten werden, dass dieser Einklang in keinem der in der Hauptsache beteiligten Länder und Völker vorhanden ist! Und selbst ein Volk und Land, das sich bewusst von der unmittelbaren Beteiligung an der EWG fernhält, England, ist, wie die Anträge der englischen Gewerkschaften und die Meinungsdivergenzen in der englischen Arbeiterpartei zeigen, von einer Übereinstimmung der Meinungen weit entfernt.

Deshalb stellt sich also, von allen anderen kritischen Einzelüberlegungen und politischen Fakten abgesehen, vor allem die grundsätzliche Frage nach der Existenzfähigkeit eines solchen Instruments, wie es der EVG-Vertrag darstellen soll. Für uns in Deutschland steht das Verlangen nach einer endlichen positiven Lösung der gesamtdeutschen Frage im Vordergrund. Die Gegner der EVG in Deutschland wünschen nichts zu tun, was geeignet wäre, die derzeitige Zerreißung unseres Vaterlandes in einzelne Teile zu verewigen. Wir als Gegner dieses Vertrages bezweifeln auch den moralischen Gehalt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, solange die Gefahren eines bewaffneten Kampfes von Deutschen gegen Deutsche und die drohende Austragung kriegerischer Konflikte unmittelbar auf dem Boden unserer Heimat, die Vernichtung unserer Städte und Dörfer, die Auslöschung unserer leiblichen Existenz als unvermeidbare Folge eines dritten Weltkrieges auf europäischem Boden so unbestreitbar bestehen, wie es nun einmal der Fall ist. Wir ziehen Verhandlungen zum Ausgleich der weltweiten Spannungen unter den beteiligten Weltmächten - und ein solches Spannungsmoment erster Ordnung ist die anhaltende Spaltung Deutschlands - jeder Politik vor, die die internationalen Risiken erhöht und vermehrt.

Warum wollen die Verantwortlichen z.B. nicht sehen, dass allein schon - soweit französische und italienische Kontingente einer integrierten europäischen Verteidigungsarmee in Frage kommen - starke kommunistische Tendenzen eine solche Europa-Armee zu einem höchst fragwürdigen Instrument machen, ja dass sie a priori ein ungeheuer gefährliches Element der Zersetzung darstellen? Sind alle an der EVG beteiligten Staaten wirklich krisenfest genug, um ihre, zum Waffendienst für Europa bestimmte Jugend in höherem Masse gegen sowjetische Verlockungen immun zu machen, als es z.B. bei den in den sowjetischen Machtbereich geflüchteten englischen Diplomaten und bei Dr. John offensichtlich der Fall war?

Lebendige Demokratie und militante Haltung schliessen sich nicht unbedingt aus. Die Geschichte kennt hierfür genügend Beispiele. In bezug auf die EVG fehlt jedoch dieser Einklang bei uns wie bei den Anderen. Es gibt andere und bessere Wege zur Sicherung der Zukunft Europas und der Demokratie.

Die Siebzigjährigen

Am Vorabend der Brüsseler Europa-Konferenz trifft die Nachricht ein, dass der Italiener de Gasperi im Alter von 73 Jahren verstorben sei.

Das offizielle Bonn hat den "ewigen Ministerpräsident Italiens" mit Vorliebe einen großen Europäer genannt und hatte damit sicher recht, wenn ehrliche Gesinnung und unermüdliche Anstrengung die Maßstäbe dabei sein sollen. Aber es ist schwer, den hintergründigen Zusammenhang zu übersehen, der zwischen dem Zeitpunkt des Todes und dem der Brüsseler Konferenz besteht, von der viele glauben, dass sie die EVG zu Grabe tragen wird.

Es waren drei Männer, die sich zusammenfanden, um das Europa aufzustellen, das sie meinten, - drei durch mannigfache Gemeinsamkeiten innerer und äußerlicher Art einander verbundene Männer: Adenauer, Schumann, de Gasperi.

Es war die romanische Ausrichtung, die ihnen gemeinsam war. Es war der Blick auf die uralte Weltmacht, die der Heilige Stuhl repräsentiert. Es war, wenn man will, die 1200 Jahre zurückliegende Weltmacht Karls des Großen. Es war die neue Weltmacht des waffentragenden Washington. (Hier einige Fakten aus dem Leben de Gasperis: jahrelange Tätigkeit als Bibliothekar beim Vatikan, Verleihung des Karlspreises in Aachen, Staatsbesuche in Washington).

Dass es Männer waren, alle über die Siebzig hinaus, - auch dies hat möglicherweise einen Sinn gehabt. Wenigstens ist es bezeichnend gewesen. Die Weltgeschichte ist reich an Beispielen dafür, dass nach den Perioden großer Erschütterungen ein weit verbreitetes Bedürfnis nach Ruhe und Ausgeglichenheit da ist, nach dem grauen Haupt an führender Stelle.

Aber dann geht die Weltgeschichte weiter. Es tritt dieser oder jener in den Hintergrund. Der eine oder andere wird abgerufen. Eines Tages steht die neue Generation vor der Tür.

Was Mendès-France, der Siebenundvierzigjährige, heute in Brüssel verlangt, das hat nicht mehr viel mit Karl dem Großen zu tun. Es ist neu. Es ist modern. Es ist frei von aller Konvention. Und in Italien drängen selbst bei den christlichen Demokraten die "jungen Leute" nach vorn, die Fanfani und seine Freunde. Die Zeit geht weiter - im letzten Jahr schneller, als im Ablauf von 365 Tagen zum Ausdruck kommt.

+ + +

Im Vorfeld der Katastrophe

Vor 15 Jahren: Hitler-Stalin-Pakt

P.R. Der Nichtangriffspakt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland Adolf Hitlers und dem bolschewistischen Rußland Josef Stalins, vor 15 Jahren in Moskau am 23. August 1939 unterzeichnet, war die größte politische Sensation seit langen Jahren. Auch das gewis bedeutsame Abkommen von München, ein knappes Jahr vorher zwi-

schen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien abgeschlossen, verblasste im Vergleich zu ihr vollkommen.

Es gibt wohl kein drastischeres Beispiel für die Unberechenbarkeit und den stürmischen Ablauf geschichtlicher Entwicklungen als die 5 3/4 Jahre zwischen dem Abschluß dieses Vertrages und dem Einmarsch der Sowjets in das Trümmerfeld Berlin - aufgeteilt in eine fast zweijährige Bündniszeit voll gegenseitigen Argwohns und betrügerischen Absichten und den fast vierjährigen offenen Krieg auf Leben und Tod. Den ersten Abschnitt schildert ein kürzlich erschienenes Buch des Italieners A. Rossi: "Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis", erschienen im Verlag für Politik und Wirtschaft in Köln, 200 S., DM 9,80. Es ist eine ideale Verbindung von gewissenhafter historischer Studie mit gründlichem Quellennachweis und einer im besten Sinne journalistischen Arbeit von lebendigster Darstellung. Die eigentliche Faszination freilich beruht auf dem Stoff.

Dieser Pakt erschien der Welt als die klassische Kehrtwendung um 180 Grad, wenn man etwa an die Flut von Beschimpfungen denkt, die noch drei Jahre zuvor auf dem Nürnberger Parteitag auf den Bolschewismus und seine Repräsentanten niedergegangen war. Aber Stalin ließ sich durch nichts von seiner Linie abbringen, ein gutes Verhältnis auch zum nationalsozialistischen Deutschland herzustellen. Noch am Ende des gleichen Jahres schickte er David Mandelaki nach Berlin mit dem Auftrage, um jeden Preis ein harmonisches Verhältnis herzustellen. Dessen geheime Verhandlungen verliefen zunächst günstig. Dies nur als kleines Beispiel für eine Fülle anderer interessanter Mitteilungen, die unbekannt sein dürften.

Wie war das damals? Nach einigen Schwanken kam Hitler den Sowjets entgegen, die zögernd und ungern mit Briten und Franzosen verhandelten, dies auch durch Mittelsmänner Berlin wissen ließen. Sie konnten von den Westmächten kaum etwas Ähnlich Wertvolles im Sinne ihrer imperialistischen Pläne erwarten, was ihnen Hitler sehr schnell und ohne Krieg dann auch zugestand, halb Polen, die Baltischen Staaten, die rumänische Provinz Bessarabien - kurz, den Zugang zu Europa

und die Liquidation der Staaten des cordon sanitaire im Westen der Sowjetunion.

Dies war der Preis, den Hitler dafür zahlte, dass er nun für seinen Kampf gegen den Westen den Rücken frei hatte. Es ist nachgewiesen, dass er bereits beim Abschluß des Vertrages die Absicht hatte, ihn durch einen Krieg gegen die Sowjetunion eines Tages abzulösen, wenn erst der Westen erledigt sei. Es hat in der neueren Geschichte kein größeres Betrugsmanöver gegeben.

Stalin hat das, wie man jetzt weiß, durchaus mit in Rechnung gestellt, wenn er auch nicht fest davon überzeugt war. Allerdings glaubte er auch mit dieser Möglichkeit, wenn sie eintreten sollte, fertig zu werden. Damit hat er, wenn auch unter viel größeren Opfern, als er ursprünglich annahm, recht behalten. Der kältere Rechner war er in diesem jahrelangen Ringen vor dem 21. Juni 1941. Das geht nicht nur aus dem Buch Rossi, sondern auch aus vielen anderen Veröffentlichungen zu diesem Thema hervor.

Das dramatische Auf und Ab des politischen und diplomatischen Kampfes im Vorfeld der großen Katastrophe, vor dem Bündnisvertrag, sowie zwischen ihm und dem Kriegsausbruch, ist eins der erregendsten Kapitel in der neuesten Geschichte. Das Buch von Rossi mag in diesem oder jenem Punkt Widerspruch herausfordern. Niemand aber wird es unbefriedigt aus der Hand legen, der an den eigentlichen, schwer erkennbaren Zusammenhängen und den Hintergründen gerade dieses weltpolitischen Intermezzos interessiert ist.

+ + +

Berichtigung: Die gestrige Ausgabe unseres Blattes (vom 18.8.1954) enthielt einen Fehler.

Das letzte Wort des Artikels "Schlechter Wille" mußte heißen: a b z u w e h r e n (statt durchzusetzen).

Verantwortlich: Peter Raunau